

Ländliche Siedlung als Strukturpolitik

Die Entwicklung in Deutschland im Ost-West-Vergleich
von 1945 bis zum Ende der Fünfzigerjahre

Ländliche Siedlung als zentrales Thema nationalstaatlicher Politik in Europa

Die Geschichte der ländlichen Siedlungsplanung und Siedlungspolitik im 19. und 20. Jahrhundert scheint heute ein ephemeres Thema zu sein. Es ist nur noch schwer vorstellbar, welchen zentralen Stellenwert die ländliche Siedlung in einzelnen Phasen der deutschen aber auch europäischen Politik hatte. Entgegen dem dauerhaften wirtschaftlichen Bedeutungsverlust der Landwirtschaft seit der Hochindustrialisierung spielte die ländliche Siedlung besonders in Deutschland ab dem Ende des 19. Jahrhunderts und besonders nach den beiden Weltkriegen eine wichtige Rolle auch in der öffentlichen Diskussion. Sie kann als eines der konstitutiven Elemente des von Eric Hobsbawm so benannten *Zeitalters der Extreme* gesehen werden, da mit der Siedlung immer auch bevölkerungspolitische Ziele verknüpft waren, die nicht selten mit Gewalt durchgesetzt wurden.¹

Die ländliche Siedlung in den deutschen Besatzungszonen nach 1945 und in beiden entstehenden deutschen Staaten muss vor diesem historischen Hintergrund bewertet werden, der auch den Erfahrungshorizont der Zeitgenossen berücksichtigt. Bislang sind die Bodenreform und Kollektivierung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und frühen DDR zu einseitig unter dem Gesichtspunkt der Machtsicherung der KPD/SED auf dem Lande betrachtet worden. Dieser Punkt war wichtig; es ist aber zu fragen, ob bei der konkreten Ausgestaltung des Siedlungsgeschehens nicht auch noch andere Faktoren eine zentrale Rolle spielten, die scheinbare Widersprüche besser erklären helfen als bisher. Die ländliche Siedlung hatte immer eine Vielzahl politischer Vorstellungen einzulösen. Die Hoffnungen, die sich mit ihrer Umsetzung verbanden, hatten oft utopischen Charakter. Sie ließen sich für viele politische, religiöse und ideologische Ziele gleichermaßen verwenden.² Folgende Ziele lassen sich im Einzelnen benennen:

1. Sicherung der Ernährung und Sicherung der Autarkie in der Nahrungsversorgung durch Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzflächen und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion;
2. Bevölkerungspolitische Ziele: Sicherung von Grenz- und Krisengebieten, Veränderung der ethnischen Strukturen aus nationalpolitischen Zielen;
3. Versorgung von Flüchtlingen, heimkehrenden Soldaten und von Arbeitslosen;
4. Bekämpfung von Landflucht und Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation auf dem Lande;
5. Sicherung der politischen Macht durch gezielte Versorgung loyaler Anhänger, Umwerbung der ländlichen Bevölkerung für eigene politische Ziele;
6. Wirtschaftliche Stärkung agrarischer Betriebe durch eine gezielte Veränderung von Betriebsgrößen (Aufstockung, Teilung) und Aufteilung landwirtschaftlicher Nutzflächen.

Die Phase von 1945 bis in die Fünfzigerjahre stellt die bisher letzte Phase aktiver Siedlungspolitik in Deutschland dar. Sie ist sowohl in der SBZ/DDR wie auch in der Bundesrepublik in einer Tradition nationalstaatlicher Siedlungspolitik in Deutschland zu sehen, deren neuere Geschichte mit dem Erlass des Ansiedlungsgesetzes von 1886 beginnt.³ Die politischen Rahmenbedingungen und ideologischen Begründungen für die Siedlungsmaßnahmen im Einzelnen unterschieden sich. Dennoch lassen sich in den zeitgenössischen Diskussionen Argumentationsmuster verfolgen, die auch nach 1945 in Deutschland noch für einige Zeit wirksam waren: Dazu gehörte nach den Hungerwintern des Ersten Weltkrieges die Frage, wie Ernährungssicherung und Autarkie sichergestellt werden konnten, wobei die Gebietsverluste im Osten eine erhebliche Rolle in der Diskussion spielten. Entscheidend ist, dass bereits in der Zwischenkriegszeit die Gutswirtschaft als Produktionstyp sehr kritisch beurteilt wurde. Man warf den großen Betrieben ineffiziente und zu extensive Bodenbewirtschaftung vor, die nur durch eine Parzellierung und Neuansiedlung von Bauern zu verhindern seien.⁴ Damit im Zusammenhang standen die Bemühungen um eine Rationalisierung und Mechanisierung gerade der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe. Die Landwirtschaft wurde als Sektor gesehen, der noch rückständig und dessen Leistungsfähigkeit sehr zu steigern war. Innerhalb der Agrarwissenschaften entwickelte sich eine aufstrebende Landarbeitswissenschaft, die mit modernen wissenschaftlichen Methoden versuchte, alle Bereiche der Innen- und Außenwirtschaft durchzustrukturieren. Die Frage nach der optimalen Betriebsgröße von Bauernhöfen war eine der wichtigen Leitfragen der Agrarökonomie.⁵ Die Diskussionen lassen sich auch durch die NS-Zeit hindurch weiterverfolgen, teilweise überlagert durch die zeitbedingte Bauernumsiedelungsideologie, die allerdings bereits früh immer mehr einer produktionsorientierten Optimierung der Betriebe weichen musste. Die Entwicklungen im Nachkriegsdeutschland sind vor dem Hintergrund dieser Diskussionen und des zeitbedingten Forschungsstandes zu verstehen. Viele Aspekte der Bodenreform in der SBZ und frühen DDR werden erst dann verständlich, wenn man sie in die größere Tradition der ländlichen Siedlung stellt, auf die man große Hoffnungen setzte, um die scheinbar unüberwindlichen Probleme von Hunger und Obdachlosigkeit im Chaos der ersten Nachkriegszeit zu lösen. Die Ansicht, es sei nur darum gegangen, möglichst kleine und unwirtschaftliche Bauernwirtschaften zu schaffen, um dann umso schneller die Kollektivierung durchzusetzen, greift zu kurz.⁶

Siedlung als Teil eines revolutionären Ereignisses: die Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR

Schon vor dem Ende des Krieges waren sich die Alliierten über die Notwendigkeit einer Bodenreform in Deutschland einig. Deutsche Kommunisten ihrerseits hatten im Moskauer Exil ab 1944 erste Nachkriegsplanungen entworfen. Das „Agrarprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie“ wurde im August 1944 unter der Ägide Edwin Hoernles, dem führenden Agrarpolitiker der KPD, formuliert.⁷ Wegen der zu erwartenden großen Zahl von Flüchtlingen aus dem Osten und der großflächigen Zerstörung der Städte hielt Hoernle es für unbedingt notwendig, Menschen auf dem Land anzusiedeln. Um möglichst viele Wohnungen mit Subsistenzwirtschaft zu ermöglichen, sollte der Großgrundbesitz in Kleinbauernstellen aufgeteilt werden. Hoernle, der aus Württemberg stammte und dem das dortige Kleinbauernelend wohl vertraut war, wollte dieses Elend nicht ausdehnen, sondern die neuen Klein-

bauernwirtschaften mit allen technischen Möglichkeiten ausstatten, sodass sie wirtschaftlich arbeiten konnten. Aus der agrarwissenschaftlichen Fachliteratur, die in den frühen Schriften Hoernles und anderer Agrarpolitiker der KPD/SED zitiert wird, lassen sich die gedanklichen Bausteine herauspräparieren, aus denen die handelnden Politiker und Fachleute ein plausibles Konzept einer kleinbäuerlich geprägten Landwirtschaft zusammensetzten, das sie so auch in der Öffentlichkeit vertreten konnten. Zu vielen ökonomischen und technischen Problemen gab es bereits Forschungen, Vorarbeiten und Konzepte. So stützte sich die Planung der Neubauernhäuser auf die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Arbeitswissenschaft, die ab den Zwanzigerjahren mit den neuen Methoden des Taylorismus die einzelnen Arbeitsgänge auf einem Bauernhof analysierte, so dass die Grundrisse der Höfe optimiert und der Arbeitsaufwand damit möglichst gering gehalten werden konnte.⁸ Vorlagen für den Entwurf von Kleinbauerngehöften waren schließlich auch Ernst Neuferts *Bau-Entwurfslehre*, einem Standardhilfsmittel für Architekten, zu entnehmen.⁹ Das Thema der Normierung von bestmöglichen Grundrissen blieb nach 1945 ein Thema, etwa in den Arbeiten der Architekten Werner Cords-Parchim oder Toni Miller, der in Weimar bereits 1946 einen Normenkatalog veröffentlichte, in dem detailliert bis zum Melkschemel alle Gegenstände und Bauten eines Bauernhofes abgehandelt wurden.¹⁰ Der Hof wurde als landwirtschaftliche Produktionsstätte gesehen, landtechnisch auf die Familienwirtschaft eines Viehbauern mit maximal zwei Kühen zugeschnitten. Zum Gedanken einer optimierten bäuerlichen Landwirtschaft gehörte es auch, die Neubauernwirtschaften nicht als autarke Einheiten zu begreifen, sondern sie in ein größeres zusammenhängendes System eines Dorfes einzubinden, in dem es zur Unterstützung der Höfe gemeinschaftlich zu nutzende Maschinen-Ausleihstationen (MAS) und Dorfwirtschaftshäuser geben sollte. Hier konnte man sich auf die Forschungen des Hohenheimer Agrarwissenschaftlers Adolf Münzinger stützen, der in den Dreißigerjahren in einem Versuchsdorf auf der Schwäbischen Alb die Entlastung der bäuerlichen Wirtschaften durch die Einrichtung eines Dorfwirtschaftshauses und gemeinschaftlicher Maschinennutzung untersucht hatte.¹¹ Diese Forschungen wurden in der SBZ durch das wieder gegründete Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft (KTL) fortgeführt, das in allen Ländern und Provinzen so genannte Beispieldörfer betreute, deren Neubauern vorrangig mit Gebäuden und Material ausgestattet wurden. Die Landwirte wurden zudem von Agrarwissenschaftlern beraten, die gleichzeitig die Betriebe in ihrer Entwicklung beobachteten und Daten erhoben.¹²

Trotz dieser frühen Ansätze einer Planung innerhalb der KPD und trotz der Vorarbeiten, die es zum Thema des ländlichen Bauens in Deutschland gab, konnte die Bodenreform in keiner Weise durch Planungen zu ihrer baulichen Umsetzung begleitet, geschweige denn vorbereitet werden. Dafür stand keine Zeit zur Verfügung, da die deutsche Seite mit einem so frühen Beginn der Bodenreform nicht gerechnet hatte. Stalin selbst gab den Befehl, mit der Bodenreform im September 1945 zu beginnen. Enteignet wurden alle Betriebe über 100 Hektar und solche, die „Nationalsozialisten und Kriegsverbrechern“ gehörten. Bis 1950 wurden in der SBZ 3,3 Millionen Hektar neu verteilt. Auf dieser Fläche wurden 210.276 Neubauernstellen geschaffen, die im Schnitt eine Fläche von 8,1 Hektar bewirtschafteten. Für diese Bauernstellen mussten die notwendigen Wohn- und Wirtschaftsgebäude bereitgestellt werden.

Zu Beginn der Enteignungen waren den Experten die Dimensionen, die ein Programm zur Ausstattung der Neubauern haben musste, völlig unbekannt. Deshalb gab Edwin Hoernle als Präsident der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft (DVLF) Ende 1947 seiner Verwaltung und dem KTL den Auftrag, diese Zahlen zu ermitteln. Die *Denkschrift über*

die Rekonstruktion der Landtechnik in der sowjetisch besetzten Zone lag noch im gleichen Jahr vor.¹³ Diese ging von einer Zahl von 220.000 Neubauern aus, die Betriebe in einer Größenordnung von 5 bis 10 Hektar führten; dazu kamen noch 15.000 Altbauern. Schon die Grundausstattung dieser Bauern mit Arbeitsgeräten wie Hacken, Sicheln, Äxten und anderem, wie etwa insgesamt 4.417.000 Kaffeetassen,¹⁴ bedeutete einen immensen Materialeinsatz, der in der herrschenden wirtschaftlichen Notsituation nicht zu realisieren war.

Anfänglich hatte man die Idee, viele neue Dörfer auf Rodungsland und ehemaligen Truppenübungsplätzen neu zu errichten. Eines der ersten tatsächlich realisierten neuen Dörfer war Großfurra im Kreis Sondershausen in Thüringen, das seit 1946 von Toni Miller entworfen wurde.¹⁵ Die Zahl der schließlich gebauten Neubauernsiedlungen blieb naturgemäß hinter den Erwartungen zurück. Die Siedlungsgesellschaften, die überwiegend alle nach dem Erlass des Reichssiedlungsgesetzes 1919 gegründet und nach 1945 weiterhin tätig waren, übernahmen zunächst einen großen Teil der Planung und Realisierung der Bauten. Allerdings kam es hier sehr schnell zu Konflikten zwischen kommunistischen Funktionären und den alten Verwaltungsapparaten, sodass die Siedlungsgesellschaften mit dem Gesetz über Entschuldung und Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern vom 14. September 1950 aufgelöst wurden.¹⁶

Mangelnde Planung, besonders aber die katastrophale Baustoffsituation führten dazu, dass die Sowjetische Militäradministration (SMAD) als Besatzungsverwaltung mit Unterstützung der DVLF einen Befehl formulierte, der dann schließlich am 9. September 1947 als Befehl 209 „über Maßnahmen zum wirtschaftlichen Aufbau der Neubauernwirtschaften“ veröffentlicht wurde und an die Ministerpräsidenten der Länder und Provinzen gerichtet war.¹⁷ Darin befahl die SMAD, in den Jahren 1947 und 1948 insgesamt 37.000 Gehöfte zu errichten. Diese Zahl wurde auf die Kreise umgelegt; dabei zeichneten sich einige Schwerpunkte ab, wie das Oderbruch oder Mecklenburg. Außerdem wurde ein Austausch von Vieh unter den Ländern und Kreisen befohlen, der vielen Neubauernwirtschaften überhaupt erst die wirtschaftliche Grundlage des Zugviehs ermöglichte. So präzise die Forderungen des Befehls waren, so wenig wurde das eigentliche Problem, die Baustoffknappheit, gelöst. Zwar wurde der Vorrang



Abbildung 1: Großfurra 1946 – Zeichnung vom Blick in den Anger (Miller, Versuchshöfe, wie Anm. 15, 285)

[Abbildung siehe Druckfassung]

des ländlichen Bauwesens vor dem der Städte herausgestellt, sonst aber gab es keine weiteren Zusagen, beispielsweise zum Aufbau einer wirklich leistungsfähigen Baustoffindustrie. Die verbliebenen Werke arbeiteten weiterhin fast ausschließlich für Reparationszwecke. Die Neubauern wurden auf Notmaßnahmen verwiesen: auf Trümmerziegel aus den Städten, den Abriss von Kasernen und Gutsgebäuden, verstärkten Holzeinschlag in den Wäldern und schließlich den Einsatz von „Naturbauweisen“, einer euphemistischen Umschreibung von Lehm- und Stroheindeckung. Die Abbrüche von Gutsgebäuden, die durch den Befehl 209 noch einmal forciert wurden, griffen besonders tief in das ländliche Siedlungsgefüge ein. Bis zum März 1948 sollen rund 2.000 Gutsanlagen abgerissen worden sein.¹⁸ Der Ertrag an Baustoff war allerdings gering. Als 1949 MAS eingerichtet werden sollten, fehlten dafür die großen Gebäude, sodass der Abriss besonders der Wirtschaftsgebäude wieder gestoppt wurde.

Das Neubauernbauprogramm wurde auch nach 1949 noch weiter fortgeschrieben, obwohl nun durch die Wirtschaftspolitik der DDR andere Schwerpunkte, wie der Ausbau der Schwerindustrie, in den Vordergrund traten. Die wirtschaftliche Mangelsituation ließ eine Ausdehnung des Neubauernbauprogramms immer noch nicht zu. Ganz im Gegenteil: Ab 1950 planten Hermann Henselmann und andere Architekten so genannte Kernbauten, eine kleine Gebäudekernzelle, die sukzessive ausgebaut werden sollte. Sie war noch bescheidener und kleiner als die vorherigen Höfe.¹⁹ Waren vielen Neubauern schon die Vorgängertypen zu klein, so traf dies erst recht auf die neuen Kernbauten zu. Es ist kaum möglich, genauere Angaben über die tatsächlich neu erstellten Neubauernhöfe zu gewinnen, denn die Methoden ihrer Erfassung waren immer wieder andere. Die von Stöckigt genannten Zahlen – wonach bis zum 1. Januar 1950 rund 55.000 Wohnhäuser, etwa 10.000 Ställe und 38.500 Scheunen erbaut worden sind – können nur als Anhaltspunkt dienen, da sie vermutlich auch Umbauten unbekanntem Umfangs mit enthalten.²⁰ Außerdem blieben viele Neubauten wegen Baustoffmangels als Rohbau ruinen stehen, verfielen wieder oder wurden erst später fertig gestellt.

Nachdem in den ersten Jahren nach Kriegsende der Schwerpunkt auf der mehr oder weniger geregelten Erstellung der Neubauernhöfe gelegen hatte, bekam die Dorfplanung mit Gründung der DDR 1949 wieder mehr Gewicht. Wichtiger noch als die Planung neuer Dörfer war jedoch nun der Aufbau der Städte. Als im Frühjahr 1950 die Studiengruppe von Bauexperten aus der DDR die Sowjetunion bereiste und in der Folge die „Sechzehn Grundsätze des Städtebaus“ formulierte,²¹ waren ländliches Bauwesen und Dorfplanung kein Thema.²² Spätestens ab dem Ende der Vierzigerjahre gerieten die Neubauernwirtschaften immer mehr in eine ökonomische Krise, die in weiten Teilen auf eine unzureichende Ausstattung mit Gebäuden und die katastrophal schlechte Versorgung mit Baustoffen zurückzuführen war. Die Folge war, dass viele Neubauern ihre Stellen wieder zurückgaben; immer mehr Land blieb unbestellt. Bis Ende 1950 hatten von rund 293.000 Bodenempfängern (Neubauern zuzüglich Empfängern von Landzulagen) rund 53.000 oder 18 Prozent ihr Land wieder abgegeben, eine Zahl, die danach noch weiter anstieg.²³ Verschärft wurde die Situation in den Dörfern durch den ideologisch motivierten Kampf gegen die Altbauern, die zumeist die wirtschaftlich leistungsfähigen Betriebe bewirtschafteten. Ab Frühjahr 1952 begann die Kampagne zur Einführung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG).

Der kleine Neubauernhof und die LPG sind zunächst zwei völlig entgegengesetzte betriebswirtschaftliche Konzepte. Dennoch fußte ihre Planung auf den gleichen Überlegungen von Rationalisierung und Optimierung landwirtschaftlicher Arbeitsabläufe. Beim Neubauernhof konzentrierte man sich auf arbeitsintensive Bereiche, eine Mechanisierung musste auf die

notwendigsten Bereiche beschränkt bleiben. Nun jedoch sollten alle Arbeitsabläufe systematisch räumlich zusammengefasst, durchrationalisiert, mechanisiert und somit fabrikmäßig organisiert werden.²⁴ Die gemeinsame ideelle Grundlage der Neubauernwirtschaften und der LPG wurde zu Beginn der Kollektivierung durchaus noch gesehen. Der Agrarwissenschaftler Bruno Skibbe wies 1953 darauf hin, dass man selbst aus der Sowjetunion noch zu wenig Hinweise und Kenntnisse über die Funktionsweisen von Kolchoswirtschaften habe und man deshalb in der DDR neue Erfahrungen sammeln müsse. Deshalb seien bisherige Erfahrungen mit Neubauernhöfen auch nicht nutzlos, sondern sollten mit in die Planung einfließen.²⁵ Dies galt vorrangig für die bauliche Gestaltung der neu zu errichtenden LPG-Anlagen, die notwendig wurden, weil den Planern von vornherein bewusst war, dass in den alten Gutsanlagen keine moderne rationelle Produktion möglich war. Till Lammert analysierte 1958 in seiner von Friedrich Bergmann an der Bauakademie betreuten Dissertation die Bauformen bisheriger landwirtschaftlicher Großbetriebe und versuchte daraus Leitlinien und Anforderungen für Neubauten abzuleiten. Lammert kam zu dem Schluss, dass das bisherige Grundschema der Gutsanlagen – meist um einen viereckigen Hof gruppierte Gebäude – für die LPG nicht mehr geeignet war, da sich die Dimensionierung und Lage der Gebäude noch nach den Erfordernissen der Handarbeit ausrichtete. Deswegen plädierte er für spezialisierte Gebäudegruppen, wie man sie im Gutsbetrieb bereits in den in den Vorwerken untergebrachten Schäfereien oder Zuchtstationen bereits kannte.²⁶ In der Deutschen Bauakademie begann man im Herbst 1952 Bauunterlagen einzelner Typenbauten für die LPG zusammenzustellen, die im Januar 1953 als Sammelmappe herausgebracht wurden.²⁷ Diese Typenvorschläge ereilte ein ähnliches Schicksal wie die zahllosen Neubauernhoftypen. Der Präsident der Deutschen Bauakademie, Kurt Liebknecht, beklagte Ende 1954 gegenüber Ulbricht die nur schleppende Umsetzung oder völlige Ignorierung der Typenvorschläge vor Ort.²⁸

Zu einem Vorbild späterer LPG-Anlagen wurde hingegen der von Werner Cords-Parchim geplante Wirtschaftshof des Instituts für Pflanzenzüchtung der Deutschen Akademie für Landwirtschaftswissenschaften in Bernburg an der Saale.²⁹ Cords-Parchim hatte bereits vor 1945 Erfahrungen im Bau moderner Gutsanlagen sammeln können, so hatte er 1943 an einem Wettbewerb zur Gestaltung von Großhöfen im „Warthegau“ mit einer Planung für einen 300-Hektar-Hof teilgenommen.³⁰ Am Beginn der LPG-Bauten standen also nicht so sehr sowjetische Vorbilder, vielmehr orientierte man sich an allgemeinen Entwicklungen in der Landtechnik, die bereits in der Zwischenkriegszeit ansetzten.³¹ Die Planung dieser großen Einheiten hatte für die Dorfplanung noch weitere Konsequenzen, wie die Suche nach geeigneten Standorten und die Anbindung an die alten Dorfkern. Weiterhin wuchsen den Maschinen-Ausleihstationen (MAS), die 1953 in Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) umbenannt worden waren, mit der Versorgung der LPG neue Aufgaben zu, die ihren massiven Ausbau nötig machten. In einem Bericht des Forschungsinstituts für landwirtschaftliche Bauten der Deutschen Bauakademie wurden unter der Federführung des Architekten Walter Niemke Kriterien für die Standortwahl und die Einrichtung von MTS erarbeitet.³² Das hier entwickelte Modell lehnte sich eng an das von dem Geografen Walter Christaller in den Dreißigerjahren formulierte System der zentralen Orte an, das auch weiten Eingang in die großflächige Überplanung der eroberten Ostgebiete gefunden hatte.³³ Es sah ein hierarchisch gegliedertes Siedlungssystem vor, in das die ländlichen Siedlungen nach ihrer Bedeutung (Zentralität) eingestuft wurden. An oberster Stelle sollte das so genannte MTS-Dorf als das Dorf stehen, in dem die MTS, möglichst inmitten ihres größeren regionalen Einzugsbereiches, liegen sollte. Neben der MTS waren in

diesem Dorf auch wichtige kulturelle und soziale Einrichtungen anzusiedeln. Die zweite Zentralitätsstufe sollten so genannte Hauptdörfer bilden, von denen einige im Einzugsbereich des MTS-Dorfes verteilt waren. In diesen Hauptdörfern sollten ebenfalls einige soziale Einrichtungen vorhanden sein. Die unterste Stufe sollten die Masse der Dörfer bilden, die entweder nur einen von der MTS betreuten Stützpunkt oder gar keine anderen Einrichtungen überörtlicher Bedeutung aufwiesen. Die MTS sollten das Kulturzentrum des MTS-Dorfes und eines weiteren Umlandes sein. Die ganz wenigen Neubauten, darunter die grandiosesten in Murchin (Kreis Anklam, erbaut 1952–1954) und Mestlin (Kreis Parchim, erbaut 1952–1957) blieben Einzelfälle, die hoffnungslos überdimensioniert waren.³⁴ Das Dorf Mestlin ist darüber hinaus von Bedeutung, weil dieser Ort ab der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 als Musterplanung, sogar explizit als „Stalinallee der Dörfer“, entwickelt werden sollte.³⁵ Mestlin war ein ausgesprochenes Prestigeprojekt des ehrgeizigen mecklenburgischen Landwirtschaftsministers Bernhard Quandt, der aus Mestlin ein Musterdorf für die gesamte DDR machen wollte. Damit sollte es auf derselben Ebene angesiedelt sein wie die anderen großen Projekte zu Beginn des ersten Fünfjahrplanes. Von den sehr ehrgeizigen Planungen vom November 1951 musste man später erhebliche Abstriche machen und dennoch feststellen, dass alles zu groß geraten war: der Dorfplatz, die zweigeschossige Bebauung, das Landambulatorium, die Schule und das Kulturhaus.³⁶ Die schon kleinstädtisch zu nennenden Planungen von Mestlin weisen auf den Paradigmenwechsel in der Dorfplanung hin. Nicht mehr das von der bäuerlichen Landwirtschaft geprägte Dorf, das in bewusster Abgrenzung zu städtischen Bauformen gestaltet war, sondern die Angleichung ländlicher an städtische Standards stand nun im Vordergrund. Das umfangreiche Bauprogramm in den MAS/MTS-Dörfern sollte nun so realisiert werden, dass jeweils neue Dorfschwerpunkte mit den öffentlichen Gebäuden entstanden. Die Dorfmitte sollte als repräsentativer von zweistöckiger Bebauung eingerahmter Festplatz gestaltet werden, der auch für Kundgebungen zu nutzen sein sollte. In dieser Weise wurden nun beispielsweise von der Deutschen Bauakademie in ihrem Patendorf Marxwalde oder dem Staatlichen Entwurfsbüro für Stadt- und Dorfplanung in Halle die Planungen durchgeführt, von denen aber viele unvollendet blieben.³⁷ Walter Niemke veröffentlichte als Quintessenz und Planungsanleitung 1954 einen so genannten Planungsrahmen für die Dorfplanung, mit dessen Hilfe man Kennziffern für die einzelnen dörflichen Zentralitätsstufen erheben und das Bauprogramm mit genauen Typvorgaben daraufhin abstimmen konnte.³⁸

Kontinuität und wachsender Wandel: die Entwicklung in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik

Auch die westlichen Alliierten waren sich zunächst über die Notwendigkeit einer Bodenreform in Deutschland einig.³⁹ Dabei ging es ihnen ebenfalls in erster Linie darum, die politische Macht der „Junker“ zu brechen, denn diesen schrieb man einen unheilvollen antidemokratischen Einfluss auf die deutsche Politik zu. Eine Bodenreform sollte dazu beitragen, auf jeden Fall zu verhindern, dass Deutschland wieder kriegsfähig würde. Einflussreich war das 1943 veröffentlichte Buch *Bread and Democracy* von Alexander Gerschenkron, einem in Harvard lehrenden Wirtschaftswissenschaftler. Er führte den Nachweis, dass insbesondere die Schicht der adligen Großgrundbesitzer bis dahin eine demokratische Entwicklung im westlichen Sinne in Deutschland verhindert habe.⁴⁰ Konnte dies noch als Konsens gelten, so gab es

über alle anderen wirtschaftlichen und sozialen Fragen und auch die technischen Details einer Bodenreform keine Einigkeit. Von Anfang an umstritten war beispielsweise, nach welchen Kriterien und ab welcher Größe landwirtschaftliche Großbetriebe Land abzugeben hatten, wie groß die neu entstehenden landwirtschaftlichen Betriebe werden sollten und schließlich, wer das frei werdende Land besitzen und bewirtschaften sollte. Für die westlichen Alliierten stand eine Bodenreform nicht an erster Stelle ihrer Agenda. So kamen die umfassenden Enteignungen in der SBZ ab September 1945 für sie völlig überraschend und entsprachen in ihrer Radikalität nicht ihren eigenen politischen Konzeptionen.

Durchgeführt werden sollte eine Bodenreform dennoch auch in den von ihnen besetzten Gebieten. Im August 1946 verabschiedeten die Länder der amerikanischen Besatzungszonen auf amerikanischen Druck ein „Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform“. Dabei standen die siedlungspolitischen Absichten im Vordergrund. Für die Ansiedlung der geflüchteten ostdeutschen Bauern sollte Land aus unterschiedlichen Quellen herangezogen werden, darunter Ödland, Land „führender Kriegsverbrecher und Nationalsozialisten“, Kirchenland, wüste, schlecht bewirtschaftete oder auslaufende Höfe sowie privater Großgrundbesitz mit mehr als 100 Hektar. Diese letzte Grundbesitzkategorie unterlag einer gestaffelten Landabgabe, die bei 100 Hektar mit 10 Prozent einsetzte und sich mit wachsender Betriebsgröße erhöhte.⁴¹ Auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 beschlossen die Alliierten schließlich eine Bodenreform in allen vier Besatzungszonen, die bis zum Ende des Jahres 1947 begonnen werden sollte. Die westlichen Militärregierungen erließen daraufhin für ihre Zonen Rahmengesetze, die durch detailliertere Verordnungen der einzelnen Länderregierungen in Gang gebracht werden sollten.⁴² Die britische Verordnung vom September 1947 sah eine generelle Abgabe von Land bei allen Betrieben mit mehr als 150 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche oder einem Einheitswert von 200.000 Reichsmark vor.⁴³ Erst 1949, also zwei Jahre später wurden für Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen die entsprechenden Ländergesetze erlassen. Die Ausführung der Verordnungen wurde weitgehend deutschen Stellen überlassen. Auch unter dem Eindruck der Ereignisse in der SBZ wurde die Durchführung der Bodenreform in den drei anderen Zonen behindert, abgeschwächt und hinausgezögert. Dies führte zu erheblichem Unmut unter den landsuchenden Flüchtlingen.⁴⁴ Daher wurden 1949 in den westlichen Besatzungszonen das Soforthilfe- und das Flüchtlingssiedlungsgesetz erlassen, die die freiwillige Landabgabe für die Ansiedlung von Flüchtlingen fördern sollten. Der Widerstand der Grundbesitzer, wachsende Blockkonfrontation, dann aber auch der wirtschaftliche Aufbau ließen die mit der Bodenreform verbundenen sozialen Absichten rasch in den Hintergrund treten. Eine durchgreifende Änderung der Besitzstruktur ist in den westlichen Zonen ausgeblieben.⁴⁵ Der überwiegende Anteil der Landabgabe im Zuge der Bodenreform erfolgte hier nicht etwa für Vollerwerbsbetriebe, sondern für Kleingärten, mit denen die Nahrungsmittelproduktion unterstützt werden sollte.⁴⁶ Obwohl die Bodenreform von sowjetischer Seite ausgelöst worden ist und auch die Bestimmungen, nach denen sie durchgeführt wurde, im wesentlichen von der SMAD ausgearbeitet worden sind, so ist sie doch – und insbesondere das neben den Enteignungen auch durchgeführte ländliche Neusiedlungsprogramm – in dem sehr viel breiteren Zusammenhang der zeitgenössischen Diskussion dieses Themas in Deutschland zu sehen. Dies ist deshalb besonders zu betonen, weil die bisherige Forschung die Bodenreform fast ausschließlich unter dem Aspekt der Machtsicherung der Sowjetunion in ihrem Einflussbereich betrachtet hat. Dabei zeigen die Argumentationen zu den sozial- und wirtschaftspolitischen Zielen einer Bodenreform in

Ost und West überraschend viele Gemeinsamkeiten. Das Thema der ländlichen Siedlung war unter den Umständen der unmittelbaren Nachkriegszeit von einer Aktualität, wie sie heute nur noch schwer vorstellbar ist. Der Frankfurter Geograf Wolfgang Hartke betonte 1947:

Ländliche Neusiedlung ist kein sozialer Fortschritt mehr, auch nicht mehr eine ‚Osthilfe‘ o.ä., sondern bitterste Notwendigkeit. Die Ernährung der wurzellos gewordenen Industriegebiete, die Ansiedlung von Millionen von Ostflüchtlingen im Westen fordern eine radikale Bodenreform, wenn nicht Agrarreform. Und der Mangel an Mitteln, die Verwirrung der Lage sind so groß, dass nicht einmal die radikalste und schnellste Lösung möglich erschienen ist.⁴⁷

In der Publizistik zu Bodenreform und Siedlung gab es in den Westzonen zwei Fraktionen. Für die einen stand umfangreiche Neusiedlung im Vordergrund, die als sozialpolitisches Instrument, insbesondere für die Ansiedlung von Flüchtlingen, wirksam werden sollte. Sie forderten die Einrichtung einer möglichst großen Zahl kleinbäuerlicher Stellen, die sehr intensiv bewirtschaftet werden sollten, um neben der Subsistenz auch noch für den Markt produzieren zu können und damit die Ernährungssicherung zu leisten. Diese Ansichten, die etwa der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke (CDU) oder der Agrarpolitiker und spätere hessische Landwirtschaftsminister Tassilo Tröscher (SPD) vertraten, gingen, was die grundsätzliche soziale und wirtschaftliche Bedeutung der ländlichen Siedlung betraf, in eine ähnliche Richtung wie die Ansichten Edwin Hoernles.

Bei den Vertretern der anderen Gruppe, etwa dem Bonner Agrarökonom Heinrich Niehaus, standen betriebswirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund. Sie hielten neu gegründete Kleinbauernstellen kaum für lebensfähig, insbesondere dann nicht, wenn sie von landwirtschaftlich unerfahrenen Stelleninhabern betrieben wurden. Um die Nahrungsmittelversorgung durch die einheimische Landwirtschaft zu sichern, wollten sie hingegen die vorhandenen mittel- und großbäuerlichen Betriebe stärken. Hier sollte die Intensivierung der Landwirtschaft stattfinden, allerdings nicht auf zu kleinen Stellen. Niehaus sah schon recht früh die wieder wachsende Bedeutung der Industrie. Seine Argumentation baute auf eine rein agrarökonomische Analyse, die Schaffung von Wohnraum stand nicht mehr im Vordergrund.⁴⁸ Eine Intensivierung der Bodennutzung und auch die Modernisierung der Betriebe wollten alle, die sich an der Diskussion um die Nachkriegslandwirtschaft beteiligten.

Obwohl also die Bodenreform bald keine Rolle mehr spielte, blieb die Siedlung ein wichtiges Thema. Die Siedlungsgesellschaften und die mit ihr verbundenen Fachleute konnten fast kontinuierlich weiterarbeiten, verstärkt auch durch die Planer, die nach einer Zeit der Mitarbeit für das Bodenreformbauprogramm in der SBZ in den Westen wechselten.⁴⁹ Gestützt wurde das Siedlungsgeschehen durch das 1955 erlassene Landwirtschaftsgesetz, das den bäuerlichen Familienbetrieb als Leitbild festsetzte. Neben der Neusiedlung spielten nun auch andere Siedlungsmaßnahmen, wie die Aussiedlung, die Aufstockung von Betrieben und die Förderung der Nebenerwerbssiedlung eine gewichtige Rolle. So wurden zwischen 1945 und 1970 in der Bundesrepublik 15.336 Neusiedlerstellen auf einer Fläche von 242.622 Hektar angelegt, was einer durchschnittlichen Stellengröße von 15,8 Hektar entsprach.⁵⁰ Außerdem liefen in den ersten Jahren noch größere Landerschließungsmaßnahmen weiter, wie das Emslandprogramm oder das Programm Nord, die bereits vor 1945 begonnen worden waren. Sowohl im Emsland wie auch am Niederrhein im Reichswald sollte die landwirtschaftliche Neu-

siedlung noch den Zweck erfüllen, latente niederländische Gebietsansprüche abzuwehren.⁵¹ Mit der Zeit verschob sich das Gewicht immer mehr zu anderen agrarstrukturellen Maßnahmen, wie der Flurbereinigung, der Aussiedlung und dem Gehöftneubau. Bereits Ende der Fünfzigerjahre spielte die reine Neusiedlung keine Rolle mehr.

Fazit

Angesichts der überwältigenden Probleme in der Unterbringung und Ernährung der Bevölkerung wurde in allen Besatzungszonen und in beiden deutschen Staaten der landwirtschaftlichen Siedlung eine gewichtige Rolle zugedacht. Aufbauen konnte man auf einen latent vorhandenen Konsens und auch auf Forschungen aus der Agrarwissenschaft, die dem modern eingerichteten und durchgeplanten, intensiv wirtschaftenden bäuerlichen Familienbetrieb zutrauten, sowohl das Flüchtlingsproblem, als auch die Ernährungskrise dauerhaft zu lösen. Die atavistisch anmutenden Planungen, vor allem in der SBZ, passen sich überraschend gut in die Zeit ein und ermöglichten es auch „bürgerlichen“ Experten, sich an den Bauplanungen für die Bodenreform zu beteiligen. Allerdings wollte man keinen bürokratischen Planungsprozess, der zu sehr an die alten Siedlungsmaßnahmen erinnerte. Der pure revolutionäre Eifer und Pioniergeist konnte allerdings die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht kompensieren, so dass die Neubauernwirtschaften zwangsläufig in die Krise gerieten, obwohl man hatte nachweisen können, dass sie grundsätzlich lebensfähig waren. Im Westen waren die institutionellen und personellen Kontinuitäten zunächst erheblich augenfälliger. Fast bruchlos wurden große Siedlungsprogramme weiter durchgeführt. Der Wandlungsprozess vollzog sich dann vielmehr sehr viel stärker unter ökonomischem Druck, sodass im Ergebnis die paradoxe Situation entstand, dass der ländliche Raum im Westen sehr viel schneller entagrarisiert wurde als in der DDR, wo der große Bruch mit der bisherigen Agrarentwicklung mit der brachialen Durchsetzung der Kollektivierung ab 1952 entstand.

Schließlich ist die ländliche Siedlung auch im Geflecht der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte zu sehen. Die SED hatte gehofft, mit der Bodenreform Bauern zu mobilisieren und ihnen eine neue Lebensperspektive auf dem Land zu geben. Die überhastete Planung, die schlechte Ausstattung mit materiellen Gütern aller Art und divergierende Interessen der SMAD bewirkten aber das Gegenteil. Vielmehr konnte im Kalten Krieg auf westlicher Seite die Meinung entstehen und sich durchsetzen, dass das Scheitern der Bodenreform und der Neubauernwirtschaften von der SED im Gegenteil sorgfältig inszeniert worden sei, quasi als Zwischenschritt auf dem Weg zur Vollkollektivierung und Sowjetisierung der Landwirtschaft.

Anmerkungen

- 1 Dazu Eric J. Hobsbawm, *Age of extremes. The short twentieth century 1914–1991*, London 1994. Einen guten zeitgenössischen Überblick über die Siedlungspolitik in den meisten europäischen Ländern mit dem jeweiligen politischen und ideologischen Rahmen bietet: *Siedlung und Siedlungspolitik in den Ländern Europas*, Bearb. Rudolf Stegemann/Friedrich Schmidt, Berlin 1939. Als Einführung in das Thema siehe Jan G. Smit, *Ländliche Neusiedlung in Mitteleuropa vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart als nationalpolitisches Instrument: Ziele, zeitgenössische Stellungnahmen und Ergebnisse*, in: *Erdkunde* 40 (1986), 165–174. Der vorliegende

- Beitrag basiert auf meiner Arbeit: Andreas Dix, „Freies Land“. Siedlungsplanung im ländlichen Raum der SBZ und frühen DDR 1945–1955, Köln u.a. 2002.
- 2 Als Beispiel hierfür mag die kirchliche Siedlungsarbeit in der Zwischenkriegszeit stehen: Tillmann Bendikowski, „Lebensraum für Volk und Kirche“. Kirchliche Ostsiedlung in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ (Konfession und Gesellschaft 24), Stuttgart 2002, und im Zusammenhang der NS-Ideologie: Uwe Mai, „Rasse und Raum“. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat, Paderborn 2002.
 - 3 Zu den Zielen siehe im Einzelnen: Martin Belgard, Parzellierung und innere Kolonisation in den 6 östlichen Provinzen Preußens 1875–1906, Leipzig 1907.
 - 4 Als Beispiele siehe die von Werner Sombart herausgegebene Aufsatzsammlung: Werner Sombart (Hg.), Volk und Raum. Eine Sammlung von Gutachten zur Beantwortung der Frage: „Kann Deutschland innerhalb der bestehenden Grenzen eine wachsende Bevölkerung erhalten?“, Hamburg u.a. 1928, oder: Hermann Stremme/Ernst Ostendorf, Die bäuerliche Siedlungskapazität des Deutschen Reiches (Petermanns Geographische Mitteilungen. Ergänzungsheft; 228), Gotha 1937.
 - 5 Dazu im Überblick: Volker Klemm, Agrarwissenschaften in Deutschland. Geschichte – Tradition. Von den Anfängen bis 1945, St. Katharinen 1992.
 - 6 So noch bei: Falco Werkentin, „Unser Land habt ihr – aber uns habt ihr noch lange nicht.“ Widerstand im ländlichen Milieu der SBZ/DDR, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln u.a. 1999, 137–148.
 - 7 Edwin Hoernle, Zum Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Eine Auswahl seiner agrarpolitischen Reden und Schriften 1928–1951, Hg. Institut für Agrargeschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, Berlin 1972, 333–345.
 - 8 Beschreibung einzelner Neubauernhaustypen finden sich als Ex-post-Analyse bei Hellmuth Bergmann, Kleinbauerngehöfte. Eine bauliche und betriebswirtschaftliche Analyse, Berlin 1952.
 - 9 Ernst Neufert, Bau-Entwurfslehre, Berlin 1936, hier zitiert nach der 9. Auflage 1942, 129.
 - 10 Werner Cords-Parchim, Zahlen und Maße für den Landbaumeister, Berlin 1947; Toni Miller (Hg.), Normen für das landwirtschaftliche Bauen, Weimar 1946.
 - 11 Adolf Münzinger, Bäuerliche Maschinengenossenschaft Häusern e.G.m.b.H. Ein Versuch genossenschaftlicher Dorfwirtschaft in den Jahren 1930–1934, Berlin 1934.
 - 12 Das wohl am besten dokumentierte Neubauerndorf ist Wernitz (Kreis Nauen) in Brandenburg. Vgl. hierzu Joachim Sennewald, Die Entwicklung der Neubauernbetriebe im Beispieldorf Wernitz, in: Die Deutsche Landwirtschaft 3 (1952), 572–576.
 - 13 Bundesarchiv Berlin (BArch), Eine Denkschrift über die Rekonstruktion der Landtechnik in der sowjetisch besetzten Zone. Hg. v. d. KTL u.a. [Berlin, 1947], DK 2, Kf 9, Bündel 44, o. P.
 - 14 Ebenda, 12.
 - 15 Toni Miller, Grundlagen des ländlichen Siedlungswesens, Weimar 1946–1948; Ders., Landwirtschaftliche Versuchshöfe in Thüringen, in: Baumeister (44) 1947, H. 9, 282–297.
 - 16 Dix, Freies Land, wie Anm. 1, 54–55.
 - 17 BArch, Deutsche Übersetzung des Befehls, DK 1, 7687, 1–3.
 - 18 BArch, Hans Krüger, DVLF: Beantwortung der 8 am 23. April 1948 gestellten Fragen an die SMAD, Berlin, 26. April 1948, DK 1, 7690, 210.
 - 19 „Wer bauen will, soll mit uns planen“, Sonderbeilage des „Freien Bauern“, November 1950.
 - 20 Rolf Stöckigt, Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform Mai 1945 bis April 1964, Berlin 1964, 276.
 - 21 Lothar Bolz, Vom deutschen Bauen, Berlin 1951.
 - 22 „Reise nach Moskau“. Dokumente zur Erklärung von Motiven, Entscheidungsstrukturen und Umsetzungskonflikten für den ersten städtebaulichen Paradigmenwechsel in der DDR und zum Umfeld des „Aufbaugesetzes“ von 1950. Hg. Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Berlin, 1995, 36.
 - 23 BArch, Meldung des Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten an das Statistische Zentralamt der DDR, 26. Februar 1951. DE 2, 639, 3.
 - 24 Otto Rosenkranz, Von der Bodenreform zum sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetrieb, Berlin 1967, 25.
 - 25 Bruno Skibbe, Neubauerndorf und Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft als Gegenstand der landwirtschaftlichen Betriebslehre, in: Die Deutsche Landwirtschaft 4 (1953), 282–284.
 - 26 Till Lammert, Die Entwicklung der Gebäudeanlagen landwirtschaftlicher Großbetriebe (unter besonderer Berücksichtigung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften). Berlin, Deutsche Bauakademie, Diss. [Ms.] 1958, 65–68.

- 27 Ministerium für Land- und Forstwirtschaft (Hg.), *Unterlagen für die Bauten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften*, Berlin 1953.
- 28 BArch, Kurt Liebknecht an Walter Ulbricht, Entwurf: Zur Frage der Verbesserung des ländlichen Bauwesens. 4. Dezember 1954. NY 4182, 1042, 427–428.
- 29 Werner Cords-Parchim, Die Planung des neuzeitlichen Großhofes. Dargestellt am Vorentwurf für den Wirtschaftshof des Instituts für Pflanzenzüchtung Bernburg/Saale der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin, Radebeul u.a. 1953.
- 30 Ein Wettbewerbsergebnis aus dem Reichsgau Wartheland. Die Gestaltung von Großhöfen 200, 300, 400 Hektar, in: *Der Landbaumeister* 1943, 52–60.
- 31 Cords-Parchim, Planung, wie Anm. 29, 286.
- 32 BArch, Walter Niemke/Friedel Schmidt, Grundlagen zur Planung von Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), 1955. DH 2/V/03/9.
- 33 Walter Christaller, *Die Zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen*, Jena 1933; Ders., *Die Kultur- und Marktgebiete der zentralen Orte im deutschen Ostraum und die Gliederung der Verwaltung*, in: *Raumforschung und Raumordnung* 4 (1940), 498–503.
- 34 Ulrich Hartung, *Arbeiter- und Bauerntempel. DDR-Kulturhäuser der fünfziger Jahre. Ein architekturhistorisches Kompendium*, Berlin 1997, 177–179.
- 35 BArch, Hans Grünberg: Aktennotiz betr. Mestlin in Mecklenburg. Berlin, 21. August 1952. DH 1, 38975, o. P.
- 36 Hans Grünberg, *Die sozialistische Wandlung des Dorfes. Die allmähliche Herausbildung von ländlichen Siedlungszentren in den Landwirtschaftsgebieten der Deutschen Demokratischen Republik. Analysen und Prognosen am Beispiel des Kreises Parchim, Bezirk Schwerin*, Berlin 1970, 77–78.
- 37 Vgl. Walter Niemke, *Dorfplanung am Beispiel Marxwalde*, Berlin 1956.
- 38 Walter Niemke, *Planungsrahmen zur Aufstellung von Bebauungsplänen für Dörfer mit landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften*, Berlin 1954.
- 39 Peter Hoffmann, *Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau*, München 1995, 299.
- 40 Alexander Gerschenkron, *Bread and Democracy in Germany*, Berkeley u.a. 1943.
- 41 Ulrich Enders, *Die Bodenreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands 1945–1949*, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), *„Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone*, Stuttgart 1996, 173.
- 42 Ebenda, 173–176.
- 43 Ebenda, 174.
- 44 Als Regionalstudie vgl. Onno Poppinga, *Bauernland in Junkerhand. Bodenreform in Hessen* (Schriftenreihe des Fachbereichs Stadtplanung/Landschaftsplanung, Gesamthochschule Kassel 5), Kassel 1983.
- 45 Günter J. Trittel, „Siedlung“ statt „Bodenreform“. Die Erhaltung der Agrarbesitzstruktur in Westdeutschland (1948/1949), in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 27 (1979), 181–207.
- 46 Vgl. die Zahlen für die amerikanische Besatzungszone in Enders, *Bodenreform*, wie Anm. 41, 155.
- 47 Hartke hat diesen Aufsatz schon 1939/40 verfasst. Es unterstreicht die Kontinuität in der Bedeutung dieses Themas in Deutschland. Der zitierte Vorsatz ist vor der Veröffentlichung, also nach Kriegsende, hinzugefügt worden. Wolfgang Hartke, *Ländliche Neusiedlung als geographisches Problem*, in: *Erdkunde* 1 (1947), 90–106.
- 48 Heinrich Niehaus, *Theorien, Vorschläge und Gesetze zur Agrarreform* (Hefte für Agrarwissenschaft und Agrarpolitik 1), Opladen 1947; Ders., *Der geographische Aspekt der Bodenreform*, in: *Erdkunde* 2 (1948), 101–109.
- 49 Zu diesen gehörte beispielsweise Toni Miller, der 1949 von Weimar nach Düsseldorf flüchtete. Seine Publikationen im Westen schlossen sich fast nahtlos an die Planungen im Osten an. Siehe dazu Toni Miller, *Siedlergehöfte. Typenpläne 1951 des Landessiedlungsamtes Nordrhein-Westfalen*, Hiltrup 1951.
- 50 Rainer Graafen, *Ländliche Neusiedlung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Erdkunde* 40 (1983), 182.
- 51 Zu der Siedlungstätigkeit der einzelnen Siedlungsgesellschaften siehe: *Arbeitsgemeinschaft der gemeinnützigen ländlichen Siedlungsträger* (Hg.), *Die gemeinnützigen ländlichen Siedlungsgesellschaften in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung, Aufgaben, Leistung*, Bonn o.J. [1962].